



Staatsministerium
Baden-Württemberg

📅 22.10.2015

GEDENKEN

Vereinbarung über Erhaltung und Pflege jüdischer Grabstätten in Südfrankreich



„Die Grabstätten jüdischer Bürgerinnen und Bürger aus Baden und Saarpfalz in Südfrankreich erinnern uns eindrucksvoll an die unmenschlichen Geschehnisse der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die schließlich Millionen Menschen jüdischen Glaubens ihr Leben gekostet hat“, sagte Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs anlässlich der Unterzeichnung einer Vereinbarung des Landes Baden-Württemberg mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden (IRGB) über die Instandsetzung, Erhaltung und Pflege der jüdischen Grabstätten und die Gedenkstättenbetreuung in Mittel- und Südfrankreich.

Die Unterzeichnung fand genau an dem Tag statt, an dem vor 75 Jahren 6.504 jüdische Bürgerinnen und Bürger festgenommen und nach Gurs in Südfrankreich deportiert wurden.

Durch Gedenkorte Erinnerung an Opfer wach halten

„Wir als Deutsche haben die Verantwortung, das Erinnern an die Opfer wach zu halten. Baden-Württemberg nimmt seine Verantwortung sehr ernst und unterstützt deshalb die gemeinsame Arbeit mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden für den Erhalt und die Pflege jüdischer Grabstätten sowie die Erinnerungsarbeit. Auf dass uns die Erinnerungs- und Gedenkorte die Opfer nie vergessen lassen“, betonte die Ministerin.

Die Vereinbarung wird auf Grundlage des Staatsvertrags zwischen dem Land Baden-Württemberg und der IRG Baden und Württemberg vom 18. Januar 2010 getroffen, in welcher auch die Mitverantwortung des Landes für Erhaltung und Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe vorausgesetzt wird. Auf den von der Vereinbarung betroffenen Friedhöfen in Frankreich sind insgesamt 1.920 Menschen bestattet, die durch die Deportationen ums Leben gekommen sind. Hinzu kommen weitere 752 Namen von Toten auf Monumenten und Gedenksteinen, für die keine Gräber vorhanden sind.

Die IRG Baden übernimmt die Aufgabe, sich um die Grabstätten, Denkmäler und Gedenksteine zu kümmern und die Gedenkarbeit z.B. mit Jugendlichen zu unterstützen. Das Land Baden-Württemberg fördert diese Aufgaben jährlich mit bis zu 120.000 Euro.

Der Vorsitzende der IRGB, Rami Suliman, dankte Ministerin Krebs, dass genau heute dieser Vertrag unterzeichnet werden konnte, und er zeigte sich dankbar, dass in Zusammenarbeit mit dem Land Baden-Württemberg verhindert wird, was der frühere Vorsitzende des Zentralrates, Ignaz Bubis, sagte: „Wer die Namen der Opfer vergisst, tötet sie ein zweites Mal.“

Die Ministerin würdigte darüber hinaus die Arbeitsgemeinschaft badischer Städte und des Bezirksverbands Pfalz zur Unterhaltung und Pflege des Deportiertenfriedhofs in Gurs, die sich bereits seit Mitte den 1950er-Jahren für den Friedhof des Internierungslagers Gurs und für das Gedenken an die Opfer einsetzt. Zur Arbeitsgemeinschaft gehören die baden-württembergischen Städte Emmendingen, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Lörrach, Mannheim, Offenburg, Pforzheim, Bruchsal, Baden-Baden, Bühl und Weinheim sowie der Bezirksverband Pfalz.

Zum Gedenken an die durch die Deportationen Verstorbenen fand unter Teilnahme von Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs am 7. Oktober eine Veranstaltung in Karlsruhe statt. Am 25. Oktober wird sie bei einer weiteren Gedenkveranstaltung in Gurs/Südfrankreich eine Ansprache halten.

[Mediathek: Bilder zum Download](#)

Link dieser Seite:

<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/vereinbarung-ueber-instandsetzung-erhaltung-und-pflege-juedischer-grabstaetten>

